

Gesine Schwan/Thymian Bussemer

Der Wert der repräsentativen Demokratie



Gesine Schwan

(* 1943) war von 1999 bis 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und ist heute Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance in Berlin.

gesine.schwan@governance-school.de

Thymian Bussemer

(* 1972) ist Autor und Politikberater in Berlin.

t.bussemer@gmx.de

Noch vor zehn Jahren hätte niemand Zweifel daran gehabt, dass die deutsche Demokratie eine der stabilsten der Welt ist. In der letzten Zeit hat sich dieses Bild verändert. Natürlich haben die demokratischen Institutionen des Landes nach wie vor Bestand. Doch die Zweifel an ihrer Verlässlichkeit bei der Bearbeitung der anstehenden Probleme, an ihrer Legitimität angesichts stetig schwindender Wahlbeteiligungen und an ihrem Einfluss angesichts eines globalisierten Kapitalismus sind nicht mehr zu überhören.

Die Studie *Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten* der Friedrich-Ebert-Stiftung enthüllte im Jahr 2008 eine grundsätzliche Distanz der Bürger zur repräsentativen Demokratie: Nur noch zwei von drei Befragten glaubten, dass die Politik in der Lage sei, die in Deutschland anstehenden Probleme zu lösen. 25 % gaben an, mit der Demokratie, »wie sie bei uns heute ist«, nichts zu tun zu haben. Weitere 34 % bezeichneten diese Haltung als falsch, aber nachvollziehbar. Diese Zahlen, die sich vergleichbar in anderen Studien finden, sind Zeichen einer ermatteten Demokratie. Das demokratische Aufbruch-Pathos der Nachkriegszeit ist genauso dahin wie die allgemeine Begeisterung über die Prosperität und Stabilität der zweiten deutschen Demokratie. »Willy Brandts ›Wir wollen mehr Demokratie wagen‹«, schrieb Dirk Kurbjuweit

im *Spiegel*, »wäre heute kein Satz mehr, der diese Gesellschaft erreichen kann. Viele würden gar nicht mitbekommen, dass er gesagt wurde, anderen wäre es egal, und die meisten würden dem Politiker, der den Satz sagt, nicht glauben, dass er ihn ernst meint.«

Das Phänomen der Politikverdrossenheit ist nicht neu, doch der Politikverdrossenheit von heute ist ein anderer als der der 80er und 90er Jahre. Es ist nicht länger wohlstandsgesättigte Passivität, welche die Menschen von den Wahllokalen fernhält, sondern eine mehr und mehr mit Empörung und Verachtung aufgeladene Abwendung der Bürger von dem, was sie politische Klasse nennen. Im Verhältnis zwischen den Bürgern und der etablierten Politik markierte gerade das Jahr 2010 einen Tiefpunkt. Ob beim Stuttgarter Bahnhof, dem Hamburger Schulsystem oder dem neuen Berliner Großflughafen: Vielfach wirkt es so, als hätten die Menschen den Parteien pauschal das Vertrauen entzogen. An immer mehr Orten hieß es statt der alt-bundesrepublikanischen Legitimation durch Verfahren: Bürger, auf die Barrikaden.

Ein Ausdruck tiefer Entfremdung

Es gibt offenbar eine tiefe Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten, eine Krise der Repräsentation, welche zur schleichenden Erosion der Demokratie beiträgt. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat mit seinen Thesen zur »Postdemokratie« in den letzten Jahren Furore gemacht. In der Postdemokratie existieren Crouch zufolge die demokratischen Strukturen zwar formal fort, doch die Mehrheit der Bürger ist längst in tiefe Apathie versunken, während die entscheidenden Aushandlungsprozesse zwischen den mächtigen Konzernen und den Resten der einstmals einflussreichen »politischen Klasse« in Hinterzimmer delegiert werden, wo fernab der Öffentlichkeit die öffentlichen Belange verhandelt werden. Die demokratische Legitimität wird dann im Nachgang von professionellen PR-Experten besorgt, die »die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.« Man muss nicht alle Aspekte von Crouchs Analyse teilen, um zum Beispiel in dem konspirativen und nun eilig zurückgedrehten Deal von Schwarz-Gelb mit den Atomkonzernen ein solches demokratieschädigendes Aushandlungsmuster zu erkennen.

Die Menschen spüren anhand solcher Erfahrungen, dass sich in der deutschen Demokratie etwas verändert, dass lange selbstverständliche Gewissheiten und eingeübte Formen der demokratischen Praxis mehr und mehr in Frage gestellt werden. Vor allem der Neoliberalismus der letzten drei Jahrzehnte hat bei der Selbstentmachtung von professioneller Politik und demokratischer Öffentlichkeit eine fatale Rolle gespielt, denn dieser funktionierte diskursiv über den Begriff der Alternativlosigkeit. Das Tina-Prinzip – »there is no alternative« – war die Begründung der Marktradikalen für so ziemlich jede ihrer Handlungen. Der Rückbau des Sozialstaats und die Rentenkürzungen: in der Globalisierung alternativlos. Der Ausstieg aus der paritätischen Krankenversicherung: angesichts des demografischen Wandels die einzige Handlungsoption. Die Agenda 2010: Nur so und nicht anders zu machen. Mit derartigen Setzungen wurden 20 Jahre lang alle Reformen begründet. Sie blieben also *ohne* Begründung und führten so zu einer neuen Form der Politikverdrossenheit, denn warum soll man sich für etwas engagieren, wenn die Entwicklung sowieso eine vorherbestimmte Laufbahn nimmt? Die Sozialsysteme mussten zurückgebaut werden, weil sonst die globale Konkurrenzfähigkeit gefährdet gewesen wäre, der Staat musste zurückgedrängt werden, weil er die Kräfte des Marktes hemmte, die Löhne mussten herunter, weil sie anderswo auch niedrig waren.

Lange haben die Menschen dies geglaubt. Doch spätestens mit der Finanzkrise hat nicht nur das Zutrauen in die Steuerungsfähigkeit der Märkte gelitten, sondern auch das Vertrauen darein, dass die im Basta-Stil verkündeten alternativlosen Entscheidungen sich wirklich am langfristigen Wohl der Gesellschaft orientieren. Da es aber immer eine Alternative gibt und auch die Menschen wissen, dass jede Entscheidung von konkreten Interessen geleitet ist, bringen sie gegen diese Politik ihre eigenen Interessen in Stellung – wohlgemerkt nicht jene, die sie als Bürger, sondern die, die sie als Autofahrer, Eigenheimbesitzer, Steuerzahler

»Vor allem der Neoliberalismus hat bei der Selbstentmachtung von professioneller Politik und demokratischer Öffentlichkeit eine fatale Rolle gespielt.«

oder Eltern haben. Der Cityoer verlässt den öffentlichen Raum und macht dem Bourgeois Platz.

In der Folge macht sich eine Anspruchsmentalität breit, welche die Demokratie nicht mehr um ihrer selbst willen bejaht, sondern diese nur noch als Automat, als Produzent gerade willkommener Lösungen benutzt. Da die Menschen der Politik ohnehin keine weit reichende und gemeinwohlorientierte Problemlösungsfähigkeit mehr zutrauen, versuchen sie diese bei einzelnen Entscheidungen zugunsten ihrer Interessen unter Druck zu setzen. Auf dieser Linie liegen Bürgerinitiativen, die darauf abzielen, das Leben derjenigen zu verschönern, die sich mitten in der Großstadt einen Platz ohne Autoverkehr wünschen, die gute Verkehrsverbindungen fordern, aber die lärmende Straßenbahn nicht vor ihrer Tür haben wollen, die eine lebendige Kneipenszene als Standortvorteil betrachten, aber die Gäste unter ihren Balkonen nicht dulden möchten. Der normative Anspruch der Politik, an den austarierten Interessen der Gesellschaft orientierte Entscheidungen auszuhandeln, trifft mehr und mehr auf eine Vielzahl partialer Lebensentwürfe, die sich nicht mehr vernünftig auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen wollen. Zu allgemeingültigen Problemlösungen mit breiter Akzeptanz zu kommen, wird unter diesen Bedingungen fast unmöglich. Von einer »Privatisierung der Demokratie« spricht deswegen der Mainzer Rechtsphilosoph Uwe Volkmann. Damit meint er nicht nur, dass die Bürger sich mehr und mehr vom öffentlichen Leben abwenden und sich als Privatiers in ihren Nischen einrichten. »Mit Blick auf die Demokratie bedeutet es (...) vor allem, dass auch sie zunehmend unter diesem Gesichtspunkt betrachtet und von jedem Einzelnen nur noch darauf befragt wird, was am Ende für ihn selber dabei herauspringt. Sie mutiert so zu einem Servicebetrieb für die Herstellung erwünschter Lager aller Art.« (FAZ 26.2.2010)

Mediale Aktionsattacken

Spätestens an dieser Stelle kommen die Medien als im Diskurs immer mächtigere Einflussagenten ins Spiel. Das hoch beschleunigte Tempo der Mediengesellschaft droht das Fundament der deutschen Konsensdemokratie, die auf langsame Aushandlungsprozesse und evolutionären Wandel ausgelegt ist, zu unterspülen. Die momentane Krise der Demokratie ist auch darauf zurückzuführen, dass das zeitliche Band, die Prozesszeit, in der Medien, Politik und Bürger über Neuausrichtungen und Umorientierungen des Gemeinwesens verhandeln, zerrissen ist. »Die Langsamkeit der Politik liefert wenig sichtbare Gestaltungskraft«, hat Wolfgang Thierse einmal gesagt – und sie provoziert damit die Ungeduld der Medien. Denn es gibt schon seit längerem eine Entkoppelung von politischer Diskussion und medialem Diskurs: Während die Politik sich an Arbeitsprogrammen orientiert, die innerhalb der Verfahren der parlamentarischen Demokratie realisierbar erscheinen, initiieren die Medien Diskurse, welche die Politik nicht nur mit einer Problemschwemme konfrontieren, sondern häufig auch Missstände betreffen, die außerhalb der Reichweite der Politik liegen. Da hinter den von den Medien aufgeworfenen Problemen oft gar keine politischen Aktionsprogramme mehr stehen können, haben die Medien alle Freiheit, ihre Problemerzeugungsmechanismen vom politisch Machbaren zu entkoppeln und quasi frei flottierend

dort eigene Diskursräume zu eröffnen, wo die vermutete Publikumsresonanz die stärksten Erregungswellen erwarten lässt. Diese ständigen medialen Aktionsattacken führen zu einer Veränderung des Politischen, die über die von vielen belächelte Konditionierung der Politiker auf die berühmten 30-Sekunden-Statements weit hinausgeht. Sie verändern nämlich nicht nur die Zeit, die Politik zur Verfügung hat, um sich in den Medien zu repräsentieren, sondern sie deformieren das gesamte Zeitgefüge, das die Politik zur Lösung von Problemen zur Verfügung hat. Die Atemlosigkeit der beschleunigten Massenmedien wird zum Maßstab des politischen Prozesses – auf Kosten der demokratischen Diskurs- und Aushandlungsqualität. Die Folge ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Politik eben nicht professionell betreiben bzw. beobachten, sondern in ganz anderen lebensweltlichen Zusammenhängen leben, der schnellen Umschlaggeschwindigkeit immer weniger folgen können. Zwar gewöhnen sie sich an die private Altersvorsorge ebenso wie an die Zusatzversicherung bei der Krankenkasse, die Parkraumbewirtschaftung in Innenstädten und den Zwang zur Gebäudedämmung. Doch vielfach können sie kein tieferes Verständnis für die Notwendigkeit der Einschnitte in ihre Lebenswelten entwickeln. Das Vertraute, Identitätsstiftende der Traditionsverhaftung geht in dieser Welt rasender Beschleunigung mehr und mehr verloren. Der Wandel des Wortes »Reform« in den letzten 30 Jahren ist dafür ein Indiz: In den 70er Jahren waren Reformen Ausdruck des Versprechens für den Aufbruch in eine bessere Gesellschaft, zu mehr politischer Teilhabe und größerer sozialer Sicherheit. Heute dagegen werden sie von den meisten Menschen als Bedrohung eines verteidigungswerten Status quo, als Durcheinanderwirbeln ihrer mühsam stabilisierten Lebensverhältnisse empfunden. Deshalb muss man sehr genau prüfen, welche Modernisierungsschocks einer Gesellschaft zumutbar sind.

Dies ist kein Plädoyer dafür, alles so zu belassen, wie es ist. Denn es ist unbestritten, dass die Politik die Aufgabe hat, Gesellschaften immer wieder neu auf die Parameter der Zeit zu justieren. Hätte sie keinen Gestaltungsanspruch und blieben die Umweltbedingungen stets konstant, wäre Politik überflüssig. Doch wenn Politik der Versuchung erliegt, sich nur noch an der hohen Taktung der Medien und der Eliten zu orientieren, hängt sie die Mehrheit der Menschen ab.

Der Weg zur Revitalisierung der Demokratie führt deswegen weniger über neue Formen der direktdemokratischen Teilhabe (auch wenn man über diese reden kann) als über die Wiedereröffnung von unvermachten Diskursräumen. Die Politik muss Alternativen wieder als solche kenntlich machen, die Medien müssen sich an der Organisation von Diskursen beteiligen, die in sinnvolle politische Aktionsprogramme einmünden können. Nur wenn es gelingt, wieder echte Debatten unter einer breiteren Einbeziehung aller Anspruchsgruppen vor allem auch aus der Zivilgesellschaft zu führen, ist es auch möglich, der repräsentativen Demokratie wieder eine höhere Verbindlichkeit und Akzeptanz zuzuweisen. Der Weg zur Weiterentwicklung der Demokratie darf eben nicht in einer weiteren Privatisierung von Entscheidungen und einem Ausbau der Anspruchsdemokratie bestehen, sondern muss auf die Schaffung von vorgeschalteten Diskursräumen in der Gesellschaft abzielen, die es den Politikern als gewählten Repräsentanten des Volkes ermöglichen, ihre Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl ernst zu nehmen und überzeugend zu praktizieren.

»Revitalisierung der Demokratie durch die Wiedereröffnung von unvermachten Diskursräumen.«